

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Bezugspreis vierteljährlich 5 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zustellungsliste.

Für den Inhalt verantwortlich: Rich. Müller
Schriftleitung und Versandstelle: Stuttgart, Rotesplatz 16 b II.
Fernsprecher: Nr. 8800. — Postcheckkonto Stuttgart 6808.

Anzeigengebühr
für die sechsgepaltene Kolonelleise 5 Mark.
Geschäftsanzeigen finden keine Aufnahme.

Ein neuer Volksbetrug

Die deutsche Nationalversammlung geht ihrem natürlichen Ende entgegen. Der schwarz-gold-rosarote Block und die aus seiner Mitte gebildete Regierung müssen bei der bevorstehenden Reichstagswahl für ihr Treiben zur Rechenschaft gezogen werden. Dem deutschen Volke und vor allem der Arbeiterklasse würde das Urteil nicht schwerfallen, wenn es über die gesetzgeberischen Maßnahmen der Regierung und der Koalitionsparteien richtig informiert wäre. Letzteres trifft leider nicht zu. Die politischen Wirren der hinter uns liegenden Zeit haben sehr oft die Aufmerksamkeit des Volkes von der Tätigkeit der Nationalversammlung und der Regierung abgelenkt. Eine Anzahl Gesetze und Verordnungen sind erlassen worden, von denen die breite Masse des Volkes keine Ahnung hat. Allgemein ist die Ansicht verbreitet, daß die Nationalversammlung wenig geleistet hat. Das trifft zu, soweit es sich um die Sebung unserer zusammengebrochenen Volkswirtschaft handelt. Sie war aber um so fruchtbarer auf anderen Gebieten. Durch eine Anzahl Gesetze und Verordnungen wollte sie die soziale Revolution aufhalten und die kapitalistische Produktionsweise wiederaufrichten, wobei sie ihre Absichten hinter Schein Konzessionen an die Arbeiterschaft zu verbergen suchte. Dazu gehört auch die Verordnung zur Regelung der Eisenwirtschaft.

Die schwarz-gold-rosarote Mehrheit der Nationalversammlung mit ihrer Regierung der Partei- und Gewerkschaftsführer „arbeitete“ vorwiegend hinter den Kulissen. Sie schufen im April 1919 ein „Gesetz über vereinfachte Form der Gesetzgebung“, das nur aus zwei Paragraphen besteht. Durch dieses Gesetz wird die Reichsregierung, der Staatsauschuß und ein von der Nationalversammlung gewählter Ausschuß von 28 Mitgliedern ermächtigt, „diejenigen gesetzlichen Maßnahmen anzuordnen, welche sich zur Regelung des Übergangs von der Kriegswirtschaft in die Friedenswirtschaft als notwendig und dringend erweisen“. Damit wurde eine Körperschaft geschaffen, die ungeheure Machtvollkommenheiten besitzt, von denen auch ausgiebig Gebrauch machte, ohne der Kontrolle der Öffentlichkeit unterworfen zu sein. Eine Kontrolle wäre allerdings möglich gewesen, wenn die Mitglieder der Nationalversammlung, die an den Sitzungen dieser Körperschaft teilnahmen, die Presse unterrichtet hätten. Nur so ist es zu erklären, daß die „gesetzliche“ Arbeiterschaft für die Eisenwirtschaft geschaffen wurde, ohne daß wir rechtzeitig unsere Mitglieder auf diesen neuen Volksbetrug aufmerksam machen konnten.

Dieses „Trifolium“ (drei Klumpen: Reichsregierung, Reichsrat und Ausschuß der Nationalversammlung) hat durch Verordnung vom 1. April 1920 einen „Eisenwirtschaftsbund“ gebildet als „Selbstverwaltungskörper“ zur Regelung der Eisenwirtschaft, dem die „Rechtsfähigkeit“ verliehen ist. Der Eisenwirtschaftsbund setzt sich zusammen aus Vertretern von Erzeugern, Händlern und Verbrauchern, und zwar sowohl von Unternehmern wie von Arbeitern. Er hat folgende Organe: die Vollversammlung, die Arbeitsausschüsse und einen Vertrauensmann.

Die Vollversammlung besteht aus 70 ordentlichen Mitgliedern, und zwar aus 34 Mitgliedern der Erzeuger, 12 Mitgliedern des Handels und 24 Mitgliedern der Verbraucher. Unternehmer und Arbeiter müssen in gleicher Anzahl vertreten sein. Demnach entfallen auf die Unternehmer 35 Mitglieder der Vollversammlung, die auf 17 Unternehmerorganisationen verteilt worden sind. Die 35 Mitglieder der Vollversammlung, die als Vertreter der Arbeiter gelten sollen, werden wie folgt auf die Organisationen der Arbeiter verteilt: 29 Mitglieder auf die Zentralarbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer Deutschlands, 2 Mitglieder auf die Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände, 2 Mitglieder auf den Gewerkschaftsbund der Angestellten und 2 Mitglieder auf den Gesamtverband deutscher Angestelltenvereine. Die Mitglieder der Vollversammlung müssen innerhalb zwei Wochen nach Inkrafttreten der Verordnung (1. April 1920) von den Organisationen ernannt worden sein; geschieht das nicht, so besetzt das Reichswirtschaftsministerium die offen gebliebenen Stellen.

Die Vollversammlung bildet nach Bedarf Arbeitsausschüsse, in die auch Nichtmitglieder der Vollversammlung gewählt werden können. Diese Arbeitsausschüsse sollen paritätisch von Unternehmern und Arbeitern besetzt werden. Die Vollversammlung kann aber beschließen, daß die Zahl der Arbeitervertreter in den Arbeitsausschüssen bis zu drei vermindert wird (§ 8 b. S.). In dem Eisenwirtschaftsbund sitzen Personen als Vertreter der Arbeiter, die stark mit den Unternehmern sympathisieren. Wir wollen nur auf die Vertreter vom Gewerkschaftsbund der Angestellten verweisen, einer Organisation, die beim

Rapp-Busch eine höchst eigenartige Haltung eingenommen hat. Die Unternehmer werden jederzeit in der Vollversammlung einige Arbeitervertreter auf ihre Seite ziehen können, um einen Beschluß zu fassen, der ihnen die absolute Mehrheit in den Arbeitsausschüssen sichert.

Die Unternehmer stellen den Vertrauensmann (Vorsitzenden) des Eisenwirtschaftsbundes. Die Arbeiter müssen sich mit dem Stellvertreter bescheiden. Der Vertrauensmann ist der „gesetzliche“ Vertreter des Eisenwirtschaftsbundes, er hat auch die Beschlüsse der Vollversammlung auszuführen, in seiner Hand liegt die ganze Geschäftsführung. Zum ersten Vorsitzenden wurde der Hüttendirektor Poensgen, zum zweiten Vorsitzenden der Vertreter des Stahlbundes, Direktor Gerwin, gewählt. Dadurch ist der Einfluß der Unternehmer so gestärkt, daß die Vertreter der Arbeiter nur als Statisten anzusehen sind. Der Arbeiterschaft wird ein Einfluß vorgelächelt, der in Wirklichkeit nicht vorhanden ist.

Dem Eisenwirtschaftsbund sind weitgehende Rechte übertragen worden. Er leitet die Eisenwirtschaft einschließlich der Ein- und Ausfuhr. Er setzt fest, was produziert werden soll und welche Mengen. Er kann alle inländischen Werke verpflichten, einen Teil ihrer Erzeugnisse ihm zur Verfügung zu stellen. Kommt ein Werk den auferlegten Verpflichtungen nicht nach, so kann der Eisenwirtschaftsbund eine Buße verlangen, die auf seinen Antrag vom Reichswirtschaftsminister für vollstreckbar erklärt wird. Des weiteren regelt der Eisenwirtschaftsbund die Preise und Verkaufsbedingungen der ihm unterstellten Erzeugnisse. Die Preise, die er festsetzt, gelten als Höchstpreise.

Die Verordnung legt dem Eisenwirtschaftsbund die ganze Eisenerzeugung in die Hand. Der Bund wird vollständig von den Unternehmern beherrscht; diese können jetzt jede unbenutzte Konkurrenz unterdrücken und durch Festsetzung hoher Verkaufspreise das Volk schröpfen. Die erste Maßnahme des Bundes bestand denn auch in einer weiteren Erhöhung der bereits unerhöht hohen Verkaufspreise, die eine katastrophale Wirkung auslösen wird. Was sich der Eisenwirtschaftsbund, die gesetzliche Arbeitsgemeinschaft der Unternehmervertreter und Arbeitervertreter zu leisten wagt, geht aus folgender Entwicklung der Eisenpreise von der Zeit vor dem Kriege bis Januar 1920 und der vom Bund vorgenommenen neuen Festsetzung hervor:

Pro Tonne	Vor dem Kriege	Januar 1919	Januar 1920	Neue Festsetzung
Hohlbleche	82,50	285	2105	2850
Vorgewalzte Blöcke	87,50	290	2185	3060
Knäpfe	95,—	300	2175	3125
Plattinen	97,50	305	2180	3200
Formeisen	118,—	320	2470	3620
Stabeisen	99—100	335	2500	3650
Walzdraht	117,50	350	3000	4150
Grobbleche	105,—	375	3285	4700
Mittelbleche	110,—	420	3720	5600
Feinbleche	125,—	460	3765	5625

Der Eisenwirtschaftsbund hat die Preise für vorgewalzte Blöcke um das 35fache, für Walzdraht um das 40fache, für Grob- und Feinbleche um das 45fache und für Mittelbleche sogar um über das 50fache des Friedenspreises erhöht. Die Herstellungskosten für Eisen setzen sich in der Hauptsache zusammen aus den Aufwendungen für Kohle, Löhne und Erze. Der Kohlenpreis ist gegenüber den Friedenspreisen aber nur um etwa das 14fache gestiegen, während die Löhne gar nur um das 4- bis 5fache höher sind als vor dem Kriege. Wenn auch für ausländische Erze hohe Preise gezahlt werden müssen, so rechtfertigt das nicht im geringsten die merkwürdige Preissteigerung. Die Unternehmer der Eisenindustrie sind von einer Profitgier befallen, die jede Rücksicht auf die übrige Industrie und das gesamte Volkswohl vermissen läßt.

Die Eisenerzeugung liegt fast ganz in der Hand der Grobeisenindustrie, die von den gefährlichsten Schatzmachern beherrscht wird. Seit Monaten hat diese Gesellschaft einen verbrecherischen Wucher getrieben. Die oben wiedergegebenen Preise standen nur auf dem Papier. Wer Eisen kaufen wollte, mußte ausländische Devisen in Zahlung geben oder sehr hohe Schieberpreise zahlen. Außerdem wurde die Lieferung von Eisen oftmals an eine Gegenlieferung von Schrott gebunden. So kam es, daß der Preis für Schrott auf nahezu 3000 M pro Tonne, also das 60fache des Friedenspreises, stieg und ausländischer Schrott, trotz des schlechten Standes unserer Wälua, billiger als der inländische zu beziehen war. Dabei muß man beachten, daß nicht nur Späne und sonstiger Abfall als Schrott verkauft werden, sondern auch das vom Reichsverwertungsamt zu Schleuderpreisen abgegebene Heeresgut.

Kohle und Eisen gehören zu den tragenden Pfeilern der deutschen Volkswirtschaft. Die Eisenerzeuger trieben durch den Wucher mit Eisen die Preise aller Bedarfsartikel in die Höhe. Sausaltungsgegenstände können von dem Proletariat

kaum gekauft werden und die Preise für Baumaterial sind so gestiegen, daß an den Bau neuer Wohnstätten nicht gedacht werden kann. Die Metall- und Maschinenindustrie geht scheinbar einer verhängnisvollen Krise entgegen. Die Preise für deutsche Maschinen sind bereits so gestiegen, daß Bestellungen des Auslandes zurückgezogen wurden, weil Deutschland trotz des Tiefstandes seiner Wälua nicht mehr konkurrenzfähig auf dem Weltmarkte ist. Wenn diese Erscheinungen zunächst auch nur vereinzelt beobachtet werden können und der ungeheure Warenhunger uns vor einer Krise schützen wird, so zeigen sie aber, welche Wirkungen der Wucher der Eisenerzeuger auf unsere Volkswirtschaft ausübt.

Auf der andern Seite haben diese gewissenlosen Schatzmacher jeder Aufbesserung der Löhne der Arbeiter den schärfsten Widerstand entgegengesetzt. Sie trieben die Verkaufspreise für Eisen bis über das 50fache des Friedenspreises in die Höhe, während sie den Arbeitern nur eine Erhöhung der Löhne um das 4- bis 5fache zustanden, und das auch nur nach schwierigen Verhandlungen und Lohnkämpfen. Nun hat das Regierungstrifolium durch die Verordnung vom 1. April 1920 diesen Volksausbeutern einen „gesetzlichen“ Boden geschaffen. Mit Hilfe der Arbeitsgemeinschaft werden sie jetzt ihr verbrecherisches Treiben fortsetzen.

Von der Regierung und dem schwarz-gold-rosaroten Block haben wir nichts anderes erwartet. Ihre ganze Politik war nichts weiter als ein Schachergeschäft. Die bürgerlichen Bloßbrüder suchen den kapitalistischen Klassenstaat zu retten, für sie war und ist die Regierung und das Parlament das Instrument zur Niederhaltung und Ausbeutung der Arbeiterklasse. Die rechts von den bürgerlichen Bloßgenossen stehenden monarchisch-militaristisch gesinnten Parteien unterstützen diese Politik. Die „sozialistischen“ Bloßbrüder, durch die Novemberereignisse des Jahres 1918 zur Macht gelangt, suchen sich durch ein Kompromiß mit den bürgerlichen Parteien an der Macht zu erhalten; das können sie aber nur, wenn sie ihre sozialistischen Grundzüge preisgeben und das Treiben der Kapitalistenklasse unterstützen. Damit beweisen sie, daß sie in Wirklichkeit keine reale Macht besitzen, daß sie zum Spielball der Reaktion geworden sind.

Monatelang hat die Regierung dem schamlosen Treiben der Eisenerzeuger ruhig zugehört. Sie hat nichts zum Schutze des Volkes unternommen. Jetzt liefert sie die ganze Eisenwirtschaft diesen Profitmenschen aus. Wo bleibt da der Einfluß der Sozialisten im schwarz-gold-rosaroten Block und in der Regierung? Sie werden dem Volke sagen: „Der Eisenwirtschaftsbund ist paritätisch aus Arbeitern und Unternehmern zusammengesetzt, das sichert der Arbeiterschaft Einfluß, das ist der Weg, der uns einführt in den kapitalistischen Produktionsprozess und der die Voraussetzung für den Sozialismus schafft.“ Die ersten Maßnahmen des Eisenwirtschaftsbundes zeigen uns, daß diese Behauptungen sich als Volksbetrug erweisen. Wir fragen die Vertreter der Arbeitsgemeinschaft, den Vorstand des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes, was sie getan haben, als der neue Raubzug auf die Taschen des Volkes beschloffen wurde? Wollen sie noch weiter behaupten, die Arbeitsgemeinschaft zwischen Unternehmern und Arbeitern sei das erstrebenswerte Ziel der Gewerkschaften?

Wir haben die Arbeitsgemeinschaften bekämpft, wir bekämpfen auch jede Kompromiß- und Koalitionspolitik mit bürgerlichen Parteien, weil wir wissen, daß bei einer solchen Politik die Arbeiterklasse betrogen wird, während ihre Gegner den Erfolg davontragen. Das Proletariat kann seine wirtschaftliche Lage nur verbessern im Kampfe mit seinen bürgerlich-kapitalistischen Gegnern. Will das Proletariat sich befreien von jeder wirtschaftlichen Bedrückung, dann muß es die soziale Revolution vorwärts treiben, dann muß es dem Kapitalismus eine Position nach der andern entreißen und darf nicht ruhig zusehen, wenn die Positionen des Kapitalismus immer mehr gestärkt werden, wie es durch die neugeschaffene Arbeitsgemeinschaft in der Eisenwirtschaft jetzt geschieht.

Die Reichstagswahlen stehen vor der Tür. Wir wissen, daß der kommende Reichstag den revolutionären Klassenkampf des Proletariats weder aufhalten noch zur endgültigen Entscheidung bringen wird. Die Entscheidung wird durch die revolutionären Aktionen des Proletariats herbeigeführt. Aber die Reichstagswahl muß zeigen, welches Maß an revolutionärer Energie in den Massen aufgespeichert liegt. Jeder Arbeiter muß zur Wahlurne treten; durch seinen Stimmzettel muß er seinen Willen bekunden und allen offenen und verdeckten Arbeiterfeinden die Antwort geben.

